

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Licht. Eisenbau, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Kappelstein
und Seemann, H.-G., Dresden,
Gebrüder Henckell, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Nr. 14

Dresden, Donnerstag den 17. Januar 1929

40. Jahrgang

Die neue Sensation

Europa flüstert eine neue Sensation. Man dankt sie dem deutschen Reichswehrminister. Er hat im November 1928 eine vertrauliche Denkschrift über die Notwendigkeit des Panzerkreuzerbaues an einen engeren Personenkreis gegeben. Dieser Tage wurde sie von einem englischen Blatt veröffentlicht. Wir haben sie gestern ausgiebig wiedergegeben, und man sieht aus der Groener'schen Denkschrift, auf welchen Kriegsfall sich Deutschland mit der Panzerkreuzerflotte vorbereitet. Ohne es deutlich auszusprechen, spielt die Denkschrift auf einen angeblich französisch-polnischen Marinevertrag an. Die demokratische J.-M.-Korrespondenz schreibt über die Groener'schen Gedanken:

Darin (in diesem angeblichen Abkommen) habe sich Frankreich verpflichtet, Polen im Kriegsfall durch ein starkes Kreuzergeschwader in der Ostsee zu unterstützen. Das Geschwader könne jederzeit, bevor Polen losbräche, unter polnische Flagge treten, ohne daß Frankreich am Krieg teilnehme. (1) Einer solchen verstärkten polnischen Flotte seien zur Zeit unterlegen. Frankreich habe bisher keine Flottenhilfe in dem erwähnten Vertrag auf Kreuzer und kleinere Fahrzeuge beschränkt. Das sei in seiner militärischen Lage begründet. Seine wunde Flanke läge im Mittelmeer auf dem Seewege zu seinem Kolonialreich, dem stärksten Pfeiler seiner Machtstellung. Dorthin müßte es den Schwerpunkt seines Flottenaufbaues legen. Im neuen Abkommen schiene England eine Garantie für den Seewege im Mittelmeer gegeben zu haben. Ob sie von Dauer sein werde, sei zweifelhaft. Die öffentliche Meinung Englands lehne das Abkommen mit einer Spitze gegen Amerika scharf ab und könne die Straße, vielleicht nach den Kohlen, seine Rendingung erbringen.

Wenn dieses Abkommen wirklich bestehen sollte, so würde der Kriegsfall, den Groener hier ins Auge faßt, einfach der neue europäische Krieg sein, bei dem einige Panzerkreuzer auf Seiten Deutschlands gar keine Rolle spielen. Die ganze Groener'sche Denkschrift macht einen so gekünstelten und konstruierten Eindruck, daß auch ein Blindler die Absicht mit dem Blick sofort spürt, die Absicht nämlich, Gründe für den Stößenbau an den Saaren herbeizuschleichen!

Warum die Denkschrift übrigens geheim gehalten wurde, ist nicht recht zu verstehen, es sei denn, daß man sich im Reichswehrministerium zu unsicher fühlte und die geistige Armut des deutschen Wehramtes nicht gar so sehr entblößen wollte. Aber vorausgesetzt war, daß der Groener'sche Militärauftrag bekannt werden müßte. Jetzt sucht man nach dem „Schuldigen“. Wer kann das Memorandum „verraten“ haben? Die Denkschrift ging an mehrere Reichs-

minister, auch an Völkervertragungen und Abgeordnete bürgerlicher Reichstagsfraktionen. Es ist also lächerlich, nach den Urhebern des „Landesverrats“ zu suchen. Die deutschnationalen Blätter sind rasch damit fertig, und Jugenbergs Organe tippen selbstverständlich auf die SPD. Sechs Jugenbergs-Blätter suchen einen „Landesverräter“ — ein beliebiger Sport. Aber wer die Möglichkeit zu Ausplaudereien schafft, muß auch damit rechnen, daß geplaudert wird. Das hätten sich die Väter der Denkschrift von vornherein sagen müssen. Es ist lächerlich, wenn ein Wehrminister die wahren Beweggründe von Äußerungen der Welt verheimlichen will! Mit dieser Geheimtueri, mit Geheimdiplomatie, mit Geheimkommen und Geheimdenkschriften ist Europa schon einmal in den Abgrund eines Weltkrieges geraten.

Im übrigen ist Groener's Rüstungsauftrag keinerlei Sensation. Die darin geäußerten militärischen Gedanken sind die auffällige politische Gedankenarmut, die darin zutage tritt — das alles war längst bekannt, auch im Reichstagsklub. Stresemann jedoch kann sich nun mit den Vertretern der Entente wieder in Locarno zusammensetzen und versuchen, die Atmosphäre von einer militärischen Sensation zu reinigen, die wir dem deutschen Wehrministerium zu danken haben.

Die Wirkung in London

S. London, 17. Januar. (Eig. Zuschrift.) Die gesamte Londoner Presse vergewissert die Sensation, die in Berlin durch die vom Londoner Korrespondenten der SPD übermittelte Inhaltsangabe des Groener-Memorandums hervorgerufen worden ist. Der konservative Daily Telegraph betont, daß die wichtigsten Teile des Memorandums bereits früher durch seinen Flottenkorrespondenten veröffentlicht worden seien. Die Morning Post legt Nachdruck darauf, daß die Ausführungen des Memorandums nicht die Meinungen des deutschen Kabinetts ergeben, sondern im Gegenteil vom Reichswehrminister zu dem Zweck gemacht worden seien, die anders eingestellten Ministertendenzen zu überzeugen. Trotzdem müsse man feststellen, daß die Rede Groener's vom polnischen Drogen nach deutschem Gebiet nicht gerade beruhigend auf die öffentliche Meinung Polens wirken dürften, und daß die Erwähnung des Zieles, gegen Rußland in der Ostsee stark zu sein, eine ungünstige Wirkung auf die empfindlichen Herzen in Moskau ausüben würde. Der liberale Daily Chronicle schreibt in seinem Leitartikel, General Groener's Äußerungen seien nicht nur als Ausdruck der deutschen Politik interpretiert, sie seien auch ein Zeichen dafür, wie sich die Politik anderer Länder, einschließlich Englands, in Deutschland spiegle. Das Blatt hebt hervor, daß General Groener gerade die wichtigsten Bestandteile der Politik Chamberlains als Hauptteil zukünftiger Konflikte betrachte.

Ein Aktionsprogramm

Zur Wehrfrage

Von Hermann Fleißner, M. d. R.

Der in Nr. 6 der Dresdner Volkszeitung abgedruckte Artikel des Genossen Deutsch, Wien, nimmt mit geschäfter Fronte, die der Sache nicht entspricht, Stellung zu den „Vorschlägen“, die in Nr. 1 des Klassenkampfes zum Wehrproblem gemacht wurden. Darauf soll hier im einzelnen nicht eingegangen, aber betont werden, daß Genosse Deutsch besser getan hätte, die für den 15. Januar angekündigte Kommentierung dieser „Vorschläge“ in einem Sonderheft des Klassenkampfes abzuwarten. Dann würde er vielleicht besser die wesentlichen Unterschiede zwischen den „Vorschlägen“ des Klassenkampfes und dem Programmentwurf der Wehrkommission erkannt und wahrscheinlich vermieden haben, so spätlich von einem „eleganten Doppelselbstmord“ zu sprechen. Denn der grundsätzliche Teil und die für die Gegenwart aufgestellten Forderungen stehen in einem durchaus logischen Zusammenhang. So etwa, wie es im Erfurter Programm der Partei der Fall war. Wenn man allerdings, wie Genosse Deutsch, den grundsätzlichen Teil als nebensächlich ganz beiseite schiebt, den sogenannten praktischen Teil in Vergleich stellt, dann kann man leicht zu schiefen oder falschen Schlussfolgerungen gelangen. So wundern sich Deutsch, daß in den „Vorschlägen“ nichts über das Maß der Verminderung der Ausgaben des Wehretats „verraten“ werde. Die Erklärung ist sehr einfach: die „Vorschläge“ wollen nicht — wie Deutsch ihnen unterstellt — einen „Umbau“, sondern den Abbau des Wehretats, entsprechend der grundsätzlichen Einstellung zur Sache. Da wäre es sinnlos und hinderlich, in einem Programm ein Minimum an Ausgaben zu fordern und festzulegen. Im übrigen ergibt sich aus den folgenden Darlegungen zu einigen der wichtigsten praktischen Gegenwartsforderungen der „Vorschläge“ auch die Stellungnahme zu den Einwendungen des Genossen Deutsch ohne weiteres.

Die „Aktionen“ der Wehrkommission sagen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Verpflichtung der deutschen Republik, die nach dem Versailler Vertrag gegebenen Möglichkeiten der Rüstung auszunutzen, nicht anerkennt. Sie schweigen aber darüber, ob und wie dieser Standpunkt in Regierung und Parlament geltend gemacht werden soll. Bisher, besonders gegenüber dem letzten Etat, forderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in entsprechenden Anträgen eine starke Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat. Es wurden insbesondere etwa 20 Millionen Mark Abstriche verlangt. Der Etat 1928 enthält für die Reichswehr eine Restausgabe von rund 478 Millionen, für die Marine 210 Millionen, zusammen also 688 Millionen Mark. In einer von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnten sozialdemokratischen Entschliessung wurde überdies die Reichsregierung ersucht, im Etat des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1929 die Ausgaben so zu beschränken, daß der Zuschußbedarf 500 Millionen Mark nicht überschreitet. Gegenüber dem Etat auf 1928 würde das einen Abstrich von fast 200 Millionen Mark bedeuten.

Im Jahresbuch der Partei für 1927 wird mitgeteilt, daß die Fraktion den Wehretat „einer sehr eingehenden Kritik unterzogen“ habe. Schon in diesem Jahre wurden Streikentscheidungen in Höhe von rund 83 Millionen Mark gefordert. Wie durchaus nötig und berechtigt dieses Vorgehen ist, erhellt auch daraus, daß der Wehretat von 1924 bis 1928 um die gewaltige Summe von 246,8 Millionen Mark gestiegen ist! Er steht an

Die Verhekung der Bauern

D. München, 16. Januar. (Eig. Draht.)

Die Komödie im Bayerischen Landtag, mit der sich die Parteien des Bürgerblocks und ihre Regierung aus der Verantwortung vor ihren bayerischen Wählern zu drücken verlustet haben, nahm am Mittwoch einen raschen Abfall. Zuvor gab allerdings noch der bayerische Landwirtschaftsminister Fehr eine große Verhekung über die gemeinsame Erklärung der Realisationspartei Ausdruck. Von seinem Standpunkt aus mit Recht, denn er war dabei zu einer ungewöhnlichen Vertrauensumgebung gekommen, worauf er bei dem gespanntesten Verhältnis zwischen Bauernbund und Bayerischer Volkspartei niemals hätte hoffen dürfen. Umso schärfer opponierten die Sozialdemokraten. An der Hand wirklicher Zahlenmaterialien deklarierte einer ihrer Redner die Verhekung und nur der Verhekung des Landwirtschaftsministers. In Wirklichkeit sind über 200 Millionen Mark Reichsgelder zur Unterstützung der Bauern nach Bayern geflossen. Mit Unterstützung wandte sich ein anderer sozialdemokratischer Redner gegen die Gleichgültigkeit des Ministers in der Landarbeiterfrage. Auch hatte es nämlich nicht einmal für notwendig gehalten, die dringende Eingabe des Deutschen Landarbeiterverbandes über die Verelendung der Landarbeiter zu lesen. Anschluß dieses Verhaltens und auf Grund der weiteren Tatsache, daß nicht ein einziges Wort gefunden hat für die Abklärung der Lage, der er nach Auflösung des Sozialministeriums als Minister vorsteht, sah sich die sozialdemokratische Fraktion zum erstenmal nicht in der Lage, dem Minister Fehr das Gehalt zu verweigern.

Die parteipolitische Ausnutzung der Bauern hat nicht im übrigen in dieser Woche noch ihre Fortsetzung finden. Die bayerische Bauernkammer als die geschäftliche Berufsvertretung der Landwirtschaft hat für Ende der Woche nach München zu einer sogenannten Volkstagung aufgerufen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der bayerischen Regierung dabei etwas angedeutet ist; denn der Landwirtschaftsminister hat am Mittwoch in einer Entschliessung eine öffentliche Warnung vor unüberlegten Schritten ausgesprochen. Er warnte insbesondere vor einer gewissen Art Selbsthilfe, die nach seiner Auffassung für Staat, Volkswirtschaft und vor allem für den Bauernstand selbst von schmerzlichen Folgen und Schäden begleitet sein würde. Aus dieser öffentlichen Warnung im Zusammenhang mit der Erklärung der Regierungsparteien vom Dienstag, in der sie ihre Verantwortlichkeit

für etwaige Ausdrücke einer verzweifelten Stimmung des Landvolkes ablehnen, muß man schließen, daß offenbar gewisse Vorbereitungen zu geplanten gewalttätigen Ausschreitungen bei dieser Volkstagung zur Kenntnis der Regierung gekommen sind.

Die Direktorenpartei



Stresemann (auf der Angestelltenlagung der D.V.): „Deran, deran! — Aus Honoratioren kann man keine Partei machen!“

374 Menschen ertrunken

Sungkong, den 16. Januar (Eig. Bericht.)

Im Chinesischen Meer, in der Nähe der Boglan-Insel, ist der rund 2000 Tonnen fassende Dampfer Ssuwah der China Merchants Steam Navigation auf einen Felsen aufgelaufen und eine Stunde danach gesunken. Von der 100 Mann starken Besatzung und den 300 Passagieren sind nur 26 Personen, die sich in ein Rettungsgeschiff geflüchtet hatten, geborgen worden, darunter der juristische Offizier des Schiffes. Die übrigen sind ertrunken. Kommandant des Anglischschiffes war der dänische Kapitän M. F. Jensen. Außerdem befanden sich vier europäische Schiffsoffiziere an Bord. Die übrige Besatzung und wahrscheinlich sämtliche Passagiere waren Chinesen.

In der Nähe von Kohnmuth Connemara bei Irland kenterte ein Boot mit drei Frauen und drei Männern, die von einem Ball heimkehrten. Alle sechs sind ertrunken.

Ein Rettungsgeschiff gefunken

Amsterdam, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der norwegische Dampfer „Falka“ war vor Oost van Holland in Seenot geraten. Bei den Bemühungen um die Rettung der Mannschaft schlug das Rettungsgeschiff „Brig der Niederlande“ um. Die aus acht Mann bestehende Besatzung ertrank!

Gefrandet

Der seit einer Woche mit unverminderter Gewalt auf dem Schwarzen Meere herrschende Orkan hat eine Reihe von Schiffsuntergängen zur Folge gehabt. An der Dobrubna: fünf holländischer, ein belgischer und ein englischer Dampfer. Die Besatzungen konnten durch Rettungsboote in Sicherheit gebracht werden.